Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 112. Mittwoch den 2. März 1892. 86. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der **Roß- und Viehmarkt** im Stadtbezirke **Leipzig-Gutritzsch**

wird

Montag, den 7. März dieses Jahres,

abgehalten.

Etwaige Gesuche und Anfragen sind an unseren Marktinspector Rentsch, Naschmarkt Nr. 1, 3. Stockwerk, zu richten.

Im Uebrigen bewendet es bei der durch unsere Bekanntmachung vom 24. December 1889 anderweit zur Kenntniß gebrachten Bestimmung in §. 2 der hiesigen Vieh- und Schlachthofordnung vom 14. Juni 1888, nach welcher **alles Schlachtvieh** von diesem Markte **ausgeschlossen** bleibt.

Leipzig, am 25. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 2872. Dr. Trändlin. Stahl.

Bekanntmachung.

Der diesjährige **I. Vieh- und Krammarkt** im Stadtbezirke **Leipzig-Lindenau**

findet am **15. und 16. März ds. Js.** statt.

Etwaige Gesuche und Anfragen sind an unseren Marktinspector Rentsch, Naschmarkt Nr. 1, 3. Stockwerk, zu richten.

Im Uebrigen bewendet es bei der durch unsere Bekanntmachung vom 27. December 1880 anderweit zur Kenntniß gebrachten Bestimmung in § 2 der hiesigen Vieh- und Schlachthofordnung, nach welcher **alles Schlachtvieh** von diesem Markte **ausgeschlossen** bleibt.

Leipzig, am 26. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 2870. Dr. Georgi. Stahl.

Bekanntmachung.

Der **Roß- und Viehmarkt** im Stadtbezirke **Leipzig-Volkmarsdorf**

wird

Dienstag, den 22. März dieses Jahres,

abgehalten.

Etwaige Gesuche und Anfragen sind an unseren Marktinspector Rentsch, Naschmarkt Nr. 1, 3. Stockwerk, zu richten.

Im Uebrigen bewendet es bei der durch unsere Bekanntmachung vom 24. December 1889 anderweit zur Kenntniß gebrachten Bestimmung in §. 2 der hiesigen Vieh- und Schlachthofordnung vom 14. Juni 1888, nach welcher **alles Schlachtvieh** von diesem Markte **ausgeschlossen** bleibt.

Leipzig, am 25. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 2871. Dr. Georgi. Stahl.

Bekanntmachung.

Die öffentlich ausgeschriebenen **Maurerarbeiten** beim Umbaue des ehemaligen **Armenhauses** zu **Leipzig-Kleinzschocher** sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 27. Februar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ik. 778. Dr. Trändlin. Rüling.

Holzverkäufe
der Oberförsterei Rothehaus.

Es sollen:

1) **Dienstag, den 8. März,** Morgens 10 Uhr, im **Krausemann'schen Gasthofe** zu **Teibitz** aus dem Reviere Breske Jagen 131 und Totalität: 1 Eiche, 4 Birken und 730 Kiefern, 15 fichtene Rutzkloben, 175 Kloben, 24 Knüppel, 292 Stock, 700 Reis,

2) **Mittwoch, den 9. März,** Morgens 10 Uhr, im **Gasthofe** zu **Naderkau** aus der Totalität des Reviers Naderkau: 2 Eichen, 446 Kiefern, 3 kieferne Rutzkloben, 2 Eichen, 7 Birken und 679 kieferne Kloben, 358 Knüppel, 60 Stock und 1600 Raummeter Reis

öffentlich meistbietend verkauft werden.

Rothehaus, den 27. Februar 1892.

Königliche Oberförsterei.

Etwaige Forderungen gegen den Nachlaß des verstorbenen Apothekers **Adolf Sydner** weil. hier sind, dafern sie bei Regulirung der Hinterlassenschaft berücksichtigt werden sollen, binnen 3 Wochen anher anzumelden.

Coburg, den 23. Februar 1892.

Herzogl. S. Amtsgericht II.
(gez.) Mäcke.

Reichstag und Landtage.

Die Frage des Nebeneinandertagens von Reichstag und Landtagen in Deutschland ist seit Begründung des Reiches stets von Neuem auf der Tagesordnung erschienen, wohl nie zuvor ist man aber der Frage so auf den Grund gegangen wie am Montag. Früher begnügte man sich in der Hauptsache damit, den preußischen Landtag als Hinderniß für die Beschlußfähigkeit des Reichstages hinzustellen, und nebenbei wurde wohl auch der Diätenlosigkeit des Reichstages als Ursache des unzulänglichen Besuches dieser parlamentarischen Körperschaft Schuld gegeben. Vorgestern waren es besonders zwei Puncte, welche als wichtig hervorgehoben wurden: das gleichzeitige Tagen der Landtage, namentlich der süddeutschen, und die Pflichtverletzung eines Theiles der Abgeordneten. Außerdem schlug der Abgeordnete v. Bennigsen die Herabsetzung der zur Beschlußfähigkeit nöthigen Zahl der Anwesenden für die zweite Berathung vor, und von anderer Seite wurden die Monate October, November und December als die passendsten für die Erledigung der Arbeiten bezeichnet. Richter war der Meinung, daß der Arbeitsplan bereits im October fertig gestellt werden müsse. Der Vorschlag Bennigsen's fand Widerspruch beim Frhrn. von Stumm, welcher meinte, daß dadurch die in Berlin wohnenden Abgeordneten ein zu starkes Uebergewicht erhalten würden, und bei Richter, welcher der Ansicht war, daß dadurch die zweite Lesung den Charakter von Commissions-Berathungen annehmen und das Ansehen des Reichstages leiden würde.

Uns will scheinen, daß der Schwerpunct der Frage in der Möglichkeit liegt, die Einzelstaaten zur Verständigung mit dem Bundesrath über den Termin der Einberufung der Landtage zu veranlassen. Wenn der Reichstag in den drei letzten Monaten und die Einzellandtage nach Schluß des Reichstages in den ersten Monaten des Jahres ihre Arbeiten erledigen, dann ist beiden Theilen geholfen. Zeit ließe sich auch durch Abkürzung der Weihnachtspause gewinnen, dazu genügen vierzehn Tage, etwa vom 21. December bis zum 4. Januar, vollständig. Die Woche, welche darüber hinaus noch gewährt zu werden pflegt, erscheint ganz überflüssig. Ueber die langen Reden ist schon viel gesprochen und geschrieben worden, sie sind jedenfalls auch mit daran Schuld, daß die Zeit für die parlamentarischen Arbeiten übermäßig verlängert wird, geeignete Schlußanträge sind ein bewährtes Mittel dagegen, welches bei geschickter Anwendung auch seinen Zweck nicht verfehlt. Natürlich lassen sich Fragen wie der Abschluß von Handelsverträgen mit Großmächten, durch welche auf wirthschaftlichem Gebiete eine ganz neue Bahn gebrochen werden soll, nicht mit drei Worten erledigen, aber mit Initiativ-Anträgen könnte man sparsamer sein und nur solche Anträge stellen, von welchen ein Erfolg zu erwarten ist. Dazu gehört der Antrag auf Gewährung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages bekanntlich nicht.

Ein sehr wesentliches Moment für die Abkürzung der parlamentarischen Arbeit liegt in der Vereinfachung der Parteigegensätze. Die Streitigkeiten innerhalb der Parteien lassen sich bei gutem Willen auf allen Seiten sehr einschränken. Es ist ja von jeher so gewesen, daß gemäßigten Anschauungen radicale gegenüber zu stehen pflegen, darum behalten aber die Grundsätze doch ihren Werth. Wenn jede persönliche Meinung ihre Bedeutung im Parlamente beansprucht, dann haben wir eigentlich in jeder Partei drei Gruppen: gemäßigte, vorgeschrittenere und radicale, die schließlich doch grundsätzlich auf dem gleichen Standpunct stehen. Es tritt seit einiger Zeit in der liberalen Partei wieder das Streben hervor, den Fractions-Standpunct durch Programme festzulegen, wie das vor Kurzem in Württemberg geschehen ist, auch bei uns in Sachsen ist neulich ein gleiches Streben in Dresden hervorgetreten. Wir haben bereits unsere warnende Stimme dagegen erhoben, denn die Aufgabe unserer Zeit besteht vielmehr darin, aufzusuchen, was uns eint, nicht aber actenmäßig festzustellen, was uns trennt. In der großen, alle Kräfte des deutschen Volkes zur Entfaltung anregenden Frage der Denk- und Gewissensfreiheit giebt es nur zwei Standpuncte: sich entweder dem Druck zu fügen, welcher von den Evangelisch-Orthodoxen in Verbindung mit dem Centrum ausgeübt wird, oder ihm mit allen zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die Handelsverträge sind eine wirthschaftliche Frage, auch in dieser stehen sich zwei Parteien gegenüber, die aber wesentlich nach Interessen sich scheiden, nicht nach politischen Gesichtspuncten. In der socialen Frage stehen sich Diejenigen gegenüber, welche das Heil von der Staatshilfe, und Solche, welche es von der Selbsthilfe erwarten. In allen großen Fragen tritt das Streben nach Zweitheilung, nach Marheit der vorliegenden Ziele hervor, und wir sollten unsere Aufgabe in der Verschärfung des Fractionsstandpunctes erblicken?

Was allen Volksvertretern gemeinsam sein muß, ist der Grundsatz, das Gesammtwohl als oberstes Gesetz zu betrachten, und dieser Grundsatz wird in Deutschland mit erfreulicher Uebereinstimmung befolgt. Wir sind bereits dahin gekommen, daß wir das Heer als außerhalb der Parteibestrebungen stehend ansehen, ja wir haben uns sogar zu der Höhe aufgeschwungen, in wirthschaftlichen Angelegenheiten den Vortheil des Ganzen im Auge zu behalten, selbst wenn die nächstliegenden Interessen dadurch geschädigt erscheinen, wie in der Frage der Handelsverträge. Das sind sehr erfreuliche Zeichen des fortschreitenden Verständnisses für die Besorgung gemeinsamer Angelegenheiten. Was ist denn schließlich der Zweck irgend einer Fraction? Doch nur das Gesammtwohl nach bestem Wissen zu fördern auf Grund der Ueberzeugung, daß es auf dem von der Fraction betretenen Wege am besten und erfolgreichsten geschehen könne. Warum legen wir auf die Firma „nationalliberal" so großen Werth? Weil wir das Ideal in der Vereinigung der nationalen mit den liberalen Grundsätzen gefunden haben. In der Verfechtung dieser Grundsätze sind wir mit dem Centrum und mit den Socialdemokraten in Streit gerathen, und aus diesem Streit hat sich ergeben, daß die Partei des Centrums heute triumphirt, und daß die Socialdemokratie an Ausdehnung gewonnen hat, wenn sie auch ihre Forderungen für die nächste Zukunft ermäßigt hat.

Die Aufgabe, ein richtiges Verhältniß zwischen der Arbeit der Einzellandtage und des Reichstages zu ermitteln, ist schwierig, aber sie ist bei gutem Willen auf allen Seiten nicht unlösbar. Wenn wir dieses Ergebniß erreichen wollen, dann muß aber die Sache mit Ernst und Nachdruck betrieben werden. Die Lösung der Aufgabe liegt im Interesse aller Betheiligten, und deshalb hoffen wir, daß der Bundesrath ihr seine volle Aufmerksamkeit zuwenden wird. Die Reichstagssitzung vom 29. Februar hat in dieser Beziehung werthvolles Material nach allen Richtungen hin gewährt, es bleibt nur übrig, es zu benutzen und die seit 20 Jahren gemachten Erfahrungen zu erwägen und danach zu handeln. Wenn es gelingt, eine bestimmte Zeit für die Arbeit des Reichstages und der Einzellandtage festzusetzen, welche die Kraft der Mitglieder beider nicht zu sehr anspannt und sich den Verhältnissen anbequemt, dann haben wir einen großen und nothwendigen Schritt in unserem politischen Leben zurückgelegt. Vorläufig ist der Zustand nahezu unerträglich und erinnert uns noch immer allzusehr an die Zeit deutscher Zerrissenheit, die ja dem Wesen nach längst überwunden ist, in einzelnen Erscheinungen aber noch ein sehr zähes Leben zeigt. Erst, wenn wir keine beschlußunfähige Reichstagssitzung mehr zu verzeichnen haben, dann ist ein des Deutscher Reiches würdiger parlamentarischer Zustand hergestellt. *

Leipzig, 2. März.

* Dem „Reichsanzeiger" zufolge gingen dem Kaiser anläßlich der jüngsten Straßenkrawalle mehrfache Kundgebungen aus Arbeiterkreisen zu, worin das Bedauern über die Vorkommnisse, die treueste Anhänglichkeit und das Vertrauen zum Ausdruck gebracht wird. Namentlich habe der Auftritt des Kaisers am 26. v. M. inmitten der wildbewegten Menschenmenge, welche auf den letzteren einen tiefen Eindruck machte, die Eingaben veranlaßt, worin jene Gefühle so charakteristisch ihren Ausdruck finden.

* Wie nunmehr der „Reichsanzeiger" mittheilt, sind zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 15. Januar in Washington Uebereinkommen über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte abgeschlossen worden. Nachdem dieselben in der inneren Gesetzgebung Nordamerikas durch die sogenannte Copy-Rights-Acte endgiltig geregelt sind, konnten lediglich gegenseitige Zusicherungen erstrebt und erzielt werden, daß nordamerikanische Angehörige in Deutschland mit den Inländern den gleichen Schutz der Urheberrechte und dafür die Reichsangehörigen in dem nordamerikanischen Staaten den Schutz der Copy-Right-Acte genießen. Das Uebereinkommen ist dem Bundesrath bereits zugegangen. In der gestrigen Abendnummer haben wir darüber berichtet.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt die Nachricht russischer und deutscher Blätter, daß behufs Ansiedelung deutscher Colonisten in Bulgarien dem deutschen Consul in Sofia vom Prinzen Ferdinand größere Geldsummen zur Verfügung gestellt seien, als jeglicher Begründung entbehrend.

* Nachfolgende Schreiben, welche die neueste Veröffentlichung aus dem literarischen Nachlaß des Grafen von Moltke enthält, dürften nicht ohne besonderes Interesse gelesen werden: König Wilhelm I. sandte am 14. August 1864 aus Gastein dem General v. Moltke nachstehendes Handschreiben:

„Als ich Sie zur Armee entsendete, konnte ich noch nicht mit Bestimmtheit voraussehen, daß Ihre Stellung bei derselben eine dauernde werden würde, und daß Sie damit die Gelegenheit finden würden, Ihre Talente zur Kriegführung auf eine so eclatante Art zu documentiren. Von dem Moment an, wo Ihnen Ihre jetzige Stellung dauernd zufiel, haben Sie meinem Vertrauen und meinen Erwartungen in einer Art entsprochen, die meinen vollen Dank und meine volle Anerkennung erheischt, welches Beides ich Ihnen hierdurch mit Freuden aussprechen. Alsen und ganz Jütland sind, während Sie die Operationen leiteten, in unsere Hände gefallen, und der 29. Juny reihet sich glorreich dem 18. April an. Die Armee hat sich überall ruhmvoll und ehrenvoll gezeigt und ein Resultat erreicht, das die Diplomatie dieses Mal nicht verdorben hat, sondern zu einem fast überraschenden Resultate machte. Als ein Zeichen meiner Anerkennung Ihrer Verdienste in diesem Kriege verleihe ich Ihnen den Kronenorden 1. Klasse mit den Schwertern, den Ihnen der Prinz Friedrich Karl übergeben wird, der eine hohe Auszeichnung für Sie erbat, weshalb ich ihm die Freude gönne, Ihnen dieselbe selbst zu überreichen.

Ihr treu ergebener
Wilhelm."

Moltke antwortete darauf:

An Se. Majestät den König.
Alsenende, den 23. August 1864.

Allerdurchlauchtigster König!
Gnädigster König und Herr!

Ew. Königliche Majestät haben mich mit einem hohen Kriegsorden weit über allen Anspruch belohnt und durch das huldvolle Handschreiben vom 14. d. M. mehr erfreut, als ich auszusprechen vermag. Ich durfte es als eine besondere Auszeichnung ansehen, als Ew. Majestät Vertrauen mich dazu berief, wenigstens noch an dem letzten Act des ruhmvollen Krieges theilzunehmen, welcher Ew. Majestät Regierung für alle Zeiten verherrlichen wird, und schon die Hoffnung, daß Ew. Majestät zufrieden sein könnte, mit dem, was ich innerhalb meines Wirkungskreises zu leisten vermochte, erfüllt mich mit Freude. Ich blicke beruhigter auf eine lange Reihe von Dienstjahren zurück, während welcher ich nur Beweise der Huld und Gnade Ew. Majestät empfangen und nie im echten Soldatenberuf mich ihrer würdig zeigen konnte. Meinen geringen Antheil an dem jetzt erlangten Erfolge beurtheilt aber das gnädige Wohlwollen Ew. Majestät in so günstiger Weise, daß ich mit Beschämung mir gestehen muß, wie weit meine wirkliche Leistung hinter dieser huldreichen Auffassung zurückbleibt. Gestatten Ew. Majestät mir, auszusprechen, wie sehr mich dennoch der Ausdruck Ew. Majestät Zufriedenheit beglückt, der ich in treuester Ergebung und dankerfüllten Herzens verharre

Ew. königl. Majestät allerunterthänigster Diener
v. Moltke,
Generallieutenant und Chef des Generalstabes der Armee.

* Die städtischen Collegien von Schleswig und Kiel haben Eingaben gegen die Schulvorlage an beide Häuser des preußischen Landtags abgesandt.

* Zwischen Major v. Wissmann und dem Vertreter der Antisclaverei-Lotterie ist ein neues Abkommen über den Transport und die Bestimmung des für den Victoria-Nyanza gebauten Dampfers getroffen worden.

* Das preußische Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht folgende Verordnung: „Mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers und Königs wird mit dem 1. März d. J. bei dem Kriegsministerium (Allgemeines Kriegsdepartement) eine Feld-Artillerie-Abtheilung errichtet. Der Geschäftskreis derselben umfaßt die bisher von der Abtheilung für berittene Truppen bearbeiteten Angelegenheiten der Feld-Artillerie und die von dieser Abtheilung und von der Geschütz-Abtheilung bearbeiteten Angelegenheiten des Trains. Die bisherige Abtheilung für berittene Truppen erhält die Bezeichnung „Cavallerie-Abtheilung"."

* Der König von Griechenland hat dem Vernehmen nach das Cabinet Delyannis aufgefordert, seine Demission einzureichen. Die Minister hätten, wie es heißt, darauf erwidert, sie könnten nicht demissioniren, da sie in der Kammer die Mehrheit hätten. Der König könne sie aber ihrer Stellen entheben. Trikupis habe den Auftrag, ein Cabinet zu bilden, abgelehnt. Der König soll darauf Constantinopulos und Conduriotis zu sich gerufen haben. Der Letztere wäre, wie verlautet, geneigt, ein interimistisches Cabinet zu bilden, dessen Aufgabe zunächst die Ausschreibung von Neuwahlen wäre. Delyannis soll beabsichtigen, sich in Begleitung der ministeriellen Delegirten in die Kammer zu begeben und in derselben Erklärungen über die Lage abzugeben.

* Aus Sofia geht der „Polit. Corr." das Resumé eines überaus scharfen Artikels der „Swoboda" über die Ermordung des Dr. Bulkovitsch zu. Der Artikel führt aus, es seien die von der russischen Diplomatie verschwendeten verbrecherischen Elemente, welche nun eine neue Missethat, und zwar in der türkischen Hauptstadt, ausgeführt haben. Nach einem historischen Rückblick auf die verschiedenen Versuche, welche zur Herbeiführung von Ruhestörungen in Bulgarien unternommen wurden, wie die Verschwörung des Panitza, das Attentat auf den Ministerpräsidenten Stambulow und die Ermordung des Finanzministers Beltschew, betont der Artikel, daß die russische Diplomatie, nachdem sie alle gesetzlichen Mittel zum Sturze des Fürsten und zur Verwandlung Bulgariens in eine russische Provinz erschöpft habe, nun zu niedrigen Mitteln greife. Während die gesammte europäische Presse diese Umtriebe der russischen Diplomatie offen verurtheilt, verharre die europäische Diplomatie in Indifferenz und unternehme sie keinen Schritt, welcher auf die Verhinderung der Anwendung derartiger Mittel hinzielen würde. Das Blatt übt an diesem Verhalten äußerst scharfe Kritik und wirft die Frage auf, ob Europa etwa wolle, daß das bulgarische Volk die Geduld verliere und gleichfalls beginne, mit dem Mittel des Mordes zu arbeiten. Der Artikel tadelt sodann auch das Verhalten der Pforte, welche, als die bulgarische Regierung die Auslieferung Stautschew's verlangte, diesem, um sich Rußland gefällig zu erweisen, die Möglichkeit zur Flucht nach Rußland gelassen habe. Ein großer Theil der Schuld daran, daß die Ermordung des Dr. Bulkovitsch ausgeführt werden konnte, falle auf die Pforte zurück, deren Aufmerksamkeit auf die Anwesenheit von Elementen gelenkt worden war, die zum Zwecke von Mordanschlägen gegen bulgarische Patrioten in die türkische Hauptstadt gekommen waren, und die dessen ungeachtet keinerlei Maßregel zur Entfernung dieser Elemente ergriffen habe. Der Artikel schließt mit der Ausführung, daß es unverzeihlich wäre, wenn Europa und die Pforte nach diesem neuen Meuchelmorde keine Schritte unternehmen sollten, um diesen verbrecherischen Thaten ein Ende zu setzen. Keinesfalls werde aber die Ermordung einiger bulgarischer Staatsmänner die Weiterentwickelung des Fürstenthums aufhalten.

* Wie man aus Konstantinopel schreibt, hat die Pforte am 24. d. M. dem französischen Botschafter Herrn Cambon die Antwortsnote auf die französche Verbalnote vom 4. Februar übermittelt. Die Note besagt im Wesentlichen, daß eine gesetzliche Bestimmung, welcher zufolge der Türkei das Recht, fremde Unterthanen im Bedarfsfalle auszuweisen, nicht zustehen würde, nirgends aufzufinden sei. Die Pforte erwartet nunmehr eine Antwort von Seiten des französischen Botschafters, in welcher er den Standpunct seiner Regierung des Näheren zu begründen hätte.

Zur parlamentarischen Lage.

** Berlin, 29. Februar. Am Sonnabend begann im Reichstage die Berathung des Marineetats, welche heute fortgesetzt wurde; am Sonnabend und heute wohnte Prinz Heinrich von Anfang bis zum Schluß der Sitzung bei. Auch aus diesem äußeren Umstande ist zu ersehen, welch großes Interesse der Prinz der Marine entgegenbringt. Aber der Prinz wird vermuthlich erstaunt sein darüber, ein wie geringes Interesse die Mitglieder des Reichstages den Gegenständen der Tagesordnung entgegenbringen. Während des größten Theils der Sitzung, Sonnabend und heute, war der Reichstag nicht beschlußfähig, zeitweise waren kaum 50 Mitglieder im Saale anwesend.

Aber so ist es, wie unseren Lesern bekannt, fast immer der Fall, die Beschlußunfähigkeit des Reichstags ist keine Ausnahme, sie bildet vielmehr die Regel. Es ist das ein in der Presse häufig bis zum Ueberdruß fast beklagtes und erörtertes Thema, und wiederholt auch ist, wie in der Presse, im Reichstage selbst die Frage aufgeworfen worden, wie diesem Zustande abzuhelfen, wie eine Besserung herbeizuführen sei. Doch ein Vorschlag, welcher die Mehrheit des Hauses und zugleich die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden hätte, ist bisher noch nicht gemacht worden, und es ist schwer abzusehen, ob wir noch eine Besserung der Verhältnisse erleben werden.

Vor einer Reihe von Jahren wurde der Versuch gemacht seitens des Präsidiums, den nachgesuchten längeren Urlaub einzelnen Abgeordneten, sofern er nicht durch Krankheit begründet war, zu verweigern, und das — nicht beschlußfähige Plenum trat solchen Beschlüssen bei. Wir möchten bezweifeln, daß das Mittel viel hilft. Denn wenn der Urlaub versagt wird, so fehlen die Abgeordneten, was ja auch jetzt schon vielfach geschieht, ohne Urlaub. Es kann eben Niemand gezwungen werden, zu erscheinen.

In dieser Session sind wiederholt Abstimmungen vorgenommen worden, deren Ergebniß zweifelhaft war. Bei der Zählung ergab sich sodann die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Abstimmung muß alsdann wiederholt werden. Doch welche, man muß sagen beschämenden parlamentarischen Zustände vorliegen, mag man daraus ersehen, daß man sich scheut, die Abstimmung zu wiederholen, weil man weiß, daß alsdann abermals die Beschlußunfähigkeit officiell festgestellt wird. So bleiben wichtige Fragen Wochen lang unerledigt und die Geschäfte werden verzögert. Ja, eine noch häßlichere Folge hat diese chronische Krankheit der Beschlußunfähigkeit: die Debatten werden oft, zum lebhaften Bedauern der Einsichtigeren, ziellos verlängert, da Niemand wagt, den Schluß der Debatte zu beantragen. Die Discussion steht nicht selten unter der Herrschaft der Socialdemokraten. Denn sowie nur ein Schlußantrag in Sicht ist, zweifeln diese die Beschlußfähigkeit des Hauses an, und da die Thatsachen ihnen Recht geben, wird eben ins Endlose fortdebattirt und die so knappe Zeit noch mehr beschränkt.

Präsident v. Levetzow wies heute bei Beginn der Sitzung auf die schwache Besetzung des Hauses hin und theilte mit, daß er künftig bei Bewilligung von Urlaubsgesuchen strenger als bisher verfahren werde. Alsbald knüpfte sich auch wieder eine Geschäftsordnungsdebatte an diese Mittheilung. Zwei Vorschläge waren es vor Allem, die als Heilmittel in Vorschlag gebracht wurden: Die Bewilligung von Diäten und die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer. Es spricht, wie wir öfter dargelegt, gar Manches für die Bewilligung der Diäten, und die Thatsache ist richtig, daß die Landesvertretungen, in denen Tagegelder gezahlt werden, nicht unter der Beschlußunfähigkeit zu leiden haben. Andererseits ist die Verfassung ein Ganzes, von dem nicht ohne Noth ein Theil allein geändert werden soll. Das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, zumal bei der niedrigen Altersgrenze für active und passive Wählbarkeit, ist vielleicht ein Hinderniß für die Diätengewährung, zumal es für manche Existenzen noch verlockender würde, den „Beruf" als „Volksvertreter" zu erwählen! Die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer andererseits würde vielleicht dem Ansehen des